

*Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich  
Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen*

*Ansprache  
anlässlich des Parlamentarischen Abends der LHK Niedersachsen  
im Landtag zu Hannover am 29. Januar 2020*

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren,

der unvergessene Stephen Hawking schloss sein Buch über „Kurze Antworten auf große Fragen“ mit den Sätzen: „Seid neugierig! Und ganz egal, wie schwierig euch euer Leben vorkommt: Es gibt immer etwas, das ihr tun – das ihr erfolgreich tun könnt. Gebt nie auf, das ist am wichtigsten! Lasst eurer Phantasie freien Lauf! Gestaltet die Zukunft!“

Wir möchten mit Ihnen heute über die Zukunft der niedersächsischen Hochschulen sprechen und danken für Ihr Kommen. Wir danken besonders Ihnen, sehr geehrte Frau Präsidentin, dass wir uns erneut im Landtag treffen können. Sie haben, liebe Frau Dr. Andretta, mit Ihrer Ansprache erneut Ihre Verbundenheit mit den Hochschulen des Landes zum Ausdruck gebracht. Dankeschön! Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, danken wir für Ihre programmatischen Aussagen. Lieber Herr Thümler, mit Ihrer Amtsübernahme sind wichtige Weichenstellungen für das niedersächsische Hochschulsystem vorgenommen worden und es wurden wichtige Etappen erreicht. Ich komme darauf zurück. Aber nach wie vor stehen wir vor sehr großen Herausforderungen, und natürlich stellt sich uns die Frage, wie es angesichts des bayrischen Versprechens über weitere 2 Milliarden Euro für die Hochschulen des Landes und der jetzt folgenden Hamburger Ankündigung über 2,6 Milliarden Euro für den Hochschulbau bis 2037 in Niedersachsen weitergehen wird. Diese Frage kann endgültig nur durch den Souverän beantwortet werden. Ich begrüße die Abgeordneten des niedersächsischen

Landtags sehr herzlich. Wir brauchen Ihre Unterstützung. Sie entscheiden, wohin die Reise geht. Und wir brauchen den Rat, die Zusammenarbeit und die Unterstützung aller hier im Saal, seien Sie alle sehr herzlich willkommen.

Als im November 2017 die Koalitionsvereinbarung unterzeichnet wurde, haben wir dankbar sehr wichtige Aussagen zur Kenntnis genommen. Die Landesregierung will „Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt“ stärken und definiert als Ziel, Niedersachsen im Wettbewerb der Länder in der Spitzengruppe zu platzieren. Die Koalitionäre vereinbarten bereits im 1. Teil ihrer Vereinbarung, der der Bildung gewidmet ist: „Unsere Hochschulen werden wir als Innovationstreiber stärken und fit für das digitale Zeitalter machen.“ Mit der Digitalisierungsoffensive richten sie zu Recht Erwartungen an und Hoffnungen auf uns Hochschulen. Die Koalitionsvereinbarung sichert eine „stabile Grundfinanzierung“ zu, verspricht eine Überführung von „Programmmitteln in die Grundfinanzierung“, kündigt eine Aufstockung der Grundfinanzierung für Hochschulen an, „die im Bereich der Lehre überproportionale Leistungen erbringen.“ Schließlich wurde ein „Hochschulbau-Investitionsprogramm 2030“ angekündigt. Es kann nicht verwundern, dass wir Hochschulen die Koalitionsvereinbarung begrüßten. So weit, so gut.

Meine Damen und Herren, heute studieren 212.000 junge Menschen an unseren Hochschulen, 2.000 mehr als letztes Jahr, 62.000 mehr als vor zehn Jahren. Wir bewegen uns auf einem Rekordniveau und die jüngsten, wieder einmal nach oben korrigierten Berechnungen der Kultusministerkonferenz sagen, dass sich dies auch bis 2030 nicht ändern wird. Es wird keine „demografische Rendite“ geben, das Hochschulsystem bleibt unter Druck. Wir müssen, wie wir dies bereits 2014 den Verantwortlichen mitteilten, mehr Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, sonst wird der Kultusminister weiter auf Quereinsteiger setzen müssen. Wir dürfen deshalb in diesem Jahr ganz bestimmt nicht 489 Anfängerstudienplätze allein im Lehramt abbauen, wie unsere jüngste LHK-Abfrage ergab, wir müssen im Gegenteil die Zahl der Plätze mindestens sichern, besser erhöhen. Wir müssen auch die zusätzlichen gesellschaftlichen Bedarfe, die Sie, verehrte Politikerinnen und Politiker, uns übermittelt haben, erfüllen, also mehr Ärzte für den ländlichen Raum, Psychotherapeuten und Hebammen

an unseren Hochschulen ausbilden. Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, halte ich es mit Stephen Hawking, ich gebe nicht auf, das ist am wichtigsten. Das heißt konkret: Im Fach Informatik zählt Bayern rund 17.000 Studierende, Baden-Württemberg 14.000 und Niedersachsen 6.382. Der Stifterverband platzierte 2018 im „Ländercheck Informatik“ unser Bundesland in der Schlussgruppe. Kann ein Spitzenplatz überhaupt erreicht werden? Wir müssen die Zahl der Informatik-Studierenden nicht um 800 Plätze erhöhen, wie 2018 hier in Hannover als Absicht verkündet wurde, wir müssen sie verdoppeln, ja, eigentlich mehr als verdoppeln, wenn wir Niedersachsens Zukunft erfolgreich gestalten wollen.

Einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag haben wir uns zu eigen gemacht. Dort heißt es: „Die bisherigen Steuerungsinstrumente, wie beispielsweise Zielvereinbarungen und leistungsorientierte Mittelverteilung, sollen in Hinsicht auf Handlungsfreiheit und Leistungsorientierung evaluiert und gemeinsam mit der LHK weiterentwickelt werden.“ Soweit die nicht-monetären Wettbewerbsvor- und -nachteile betroffen sind, hat die LHK das Centrum für Hochschulentwicklung um eine externe Evaluation gebeten. Anlass war auch ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten im Jahr 2018, in dem Herr Weil uns aufforderte, über mögliche Hemmnisse der Hochschulentwicklung schriftlich zu berichten. Der Abschlussbericht liegt jetzt vor und sollte aus unserer Sicht für die Weiterentwicklung der Landeshochschulplanung herangezogen werden. Zentraler Kritikpunkt ist das ineffektive und ineffiziente Verfahren der Genehmigung von Studiengängen und das System der Studiengangzielvereinbarungen. Die Misere in den Studienangeboten Informatik und im Lehramt hat hier eine entscheidende Ursache. Das CHE listet sechs weitere wesentliche Hemmnisse auf, darunter die fehlende Flexibilität im Personalbereich. Wir werden mit dem Ministerium und mit Ihnen das Gespräch suchen. Für Sie liegt ein gedrucktes Exemplar bereit.

Niedersachsen will im Wettbewerb der Länder einen Spitzenplatz einnehmen, so steht es im Koalitionsvertrag und Stephen Hawking sagt: „Gebt nie auf! Lasst eurer Phantasie freien Lauf! Gestaltet die Zukunft!“ Warum soll in Niedersachsen nicht möglich sein, was woanders möglich ist. Unter ganz anderen Rahmenbedingungen wurde in Niedersachsen nach 1945 ein breites, differenziertes Hochschulsystem aufgebaut, in dem verschiedene

Universitäten, Spezialhochschulen und Fachhochschulen florieren. Die Expansion der tertiären Bildung gehört zu den Erfolgsgeschichten unseres Landes. Sie beruhte auf einer Prioritätensetzung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Koalitionsvereinbarung und die Digitalisierungsoffensive des Landes zeigen in die richtige Richtung.

Herr Minister Thümler, Sie haben nicht nur wesentliche Weichenstellungen vorgenommen, sondern auch erste, wichtige Erfolge verzeichnen können: 40 neu eingerichtete Digitalisierungsprofessuren bilden einen großen Schritt nach vorn. Die ebenfalls neu eingerichteten Zukunftslabore für Mobilität, Produktion, Energie, Landwirtschaft, Arbeit/Wirtschaft und Gesundheit und die beiden neuen KI-Standorte bringen uns auch deutlich voran. Das Sondervermögen Innovation im Hochschulbau mit den Großprojekten für die Medizin in Hannover und in Göttingen verdienen höchste Anerkennung, auch, weil die Früchte erst im nächsten Jahrzehnt geerntet werden können und die Wahlkämpfer wahrscheinlich dafür nicht bereits 2022 belohnt werden. Wir sind dankbar für die internationalen Kooperationen, die Sie, wie jüngst die Vereinbarung mit Schottland zeigt, besonders fördern. Gerade Ihre Initiative in Brüssel wird sich positiv auswirken. Die deutsche Hochschulrektorenkonferenz war es gewohnt, jährlich in den Vertretungen Baden-Württembergs, Bayerns oder Nordrhein—Westfalens zu tagen. Die Premiere in der niedersächsischen Vertretung vor zwei Wochen gelang gut. Es fügt sich ebenfalls gut, dass die jüngste Veröffentlichung des Stifterverbandes in dieses Bild passt und Mut macht, ich spreche vom gerade erschienenen „Ländercheck Innovationsmotor Hochschule“, in dem unter Hinweis auf Drittmittel und Industrielle Gemeinschaftsforschung Niedersachsen in der Spitzengruppe platziert wird.

Wir haben also allen Grund, Sie in Ihrer Politik zu unterstützen, wenn wir nicht jetzt vor einer Herausforderung stünden, die sehr ernst zu nehmen ist. In einer Phase, in der alle Welt von Bildung redet, in der Forschung massiv gefördert, in der Innovation quasi Synonym für Zukunft geworden ist, will Niedersachsen seinen Hochschulen eine globale Minderausgabe auferlegen, und dies auch noch dauerhaft.

Wie soll Göttingen in die Gruppe der Exzellenzuniversitäten zurückkehren, wohin sie natürlich gehört, wie sollen Hannover, Braunschweig und Oldenburg

ihre Exzellenzcluster erhalten, neue hinzugewinnen und im Wettbewerb bestehen, wie soll die Tierärztliche Hochschule ihren Spitzenplatz im weltweiten Forschungsranking der veterinärmedizinischen Universitäten behaupten und wie die Musikhochschule ihren Spitzenplatz in der internationalen Musikwelt? Sollen wir 20 niedersächsische Hochschulen wirklich Personal und Studienplätze abbauen? Sollen wir bereits im kommenden Oktober zwischen 400 und 500 Lehramtsstudienplätze streichen?

Vergleicht man die Ankündigungen der Koalitionsvereinbarung und die Ankündigungen der Finanzpolitik, so stockt einem der Atem. Doch halten wir es mit Leibniz: „Wir sind umso freier, je mehr wir der Vernunft gemäß handeln, und umso geknechteter, je mehr wir uns von den Leidenschaften regieren lassen.“ Was gebietet also die Vernunft?

Ein Blick auf zwei wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema Hochschulen und Innovation hilft uns, vernünftige Antworten auf schwierige Fragen zu finden.

Es handelt sich zum einen um eine profunde Langzeitstudie über die ökonomischen Auswirkungen von Hochschulen, die 2016 von Anna Valero und John Van Reenen erarbeitet wurde (Valero/Van Reenen 2016<sup>1</sup>). Sie analysierten eine große Datenmenge über 15.000 Hochschulen in 1.500 Regionen der Welt. Der Schwerpunkt lag auf der Zeit zwischen 1950 und 2010. Historische Rückblicke reichten bis zur Gründung Bolognas im Jahr 1088. Die beiden Wissenschaftler stellen einen direkten Zusammenhang zwischen Hochschulfinanzierung und regionalem Wirtschaftswachstum fest, basierend auf einer besseren Ausbildung der Bevölkerung, auf Nachfrage und Angebot. Die jeweilige Region erlebt nicht nur eine wachsende Konsumnachfrage durch die Hochschulmitglieder, sondern profitiert besonders durch forschungsgetriebene Innovation. „We have found robust evidence that increases in university presence are positively associated with faster subsequent economic growth“ (S. 32). Der rein wirtschaftliche Effekt einer Ausgabe für die Hochschulen, berechnet nach dem Keynes-Multiplikator, gibt

---

<sup>1</sup> Valero, Anna/Van Reenen, John (2016): The economic impact of universities: evidence from across the globe. National Bureau of Economic Research Working Paper 22501, online: [www.nber.org/papers/w22501](http://www.nber.org/papers/w22501) [29.04.2020].

für Deutschland an, dass ein Euro, der in den Hochschulsektor fließt, einen Mehrwert in der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 1,60 Euro erbringt. Die zweite wissenschaftliche Veröffentlichung, die unsere besondere Aufmerksamkeit verdient, ist ein Gutachten zu den „Perspektiven der wissenschaftlichen Metropolregion Hamburg“ (CHE Consult 2019<sup>2</sup>). Es wurde von CHE Consult in Kooperation mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung erstellt. Die großen in Hamburg ansässigen Stiftungen haben die Arbeit finanziert. Der Befund ist ein Weckruf für die Hansestadt. Hamburg rutschte im ökonomischen Entwicklungsniveau unter 50 europäischen Metropolregionen zwischen 2010 und 2017 von Platz 11 auf Platz 13, im Ranking der Wettbewerbsfähigkeit von Platz 7 auf Platz 17, die Wachstumsrate ist mittlerweile die drittniedrigste aller untersuchten Metropolregionen. Der Trend zeigt – anders als in München, Berlin und Rhein-Main - nach unten. Die Hamburger Hochschulen erbringen über 25 Prozent des regionalen Wachstums an Arbeitsproduktivität und ohne sie würde das Bruttoregionalprodukt um rund zwei Prozent sinken. Die Autoren verlangen ein Gegensteuern und weisen auf das bayrische Modell hin: Im Land Bayern „war die Kooperation von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen der bayrischen Landesregierung stets sehr wichtig. Sie wurde deshalb bereits seit 30 Jahren intensiv durch Gesetzgebung und/oder Finanzförderung forciert“ (ebd., S. 130). Das Fazit lautet: „Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten, auch in Anbetracht der heutigen Lage, schrittweise mindestens auf den Stand der Vergleichsregionen angehoben werden, wenn Hamburg nicht weiter zurückfallen soll. (...) Ohne ein Finanzierungskonzept und ohne den dann notwendigen Mut für Prioritäten wird jedes öffentliche Bekenntnis für den Ausbau des Wissenschaftsstandortes Hamburg unglaubwürdig bleiben. Hier wird sich die Ernsthaftigkeit des Vorhabens entscheiden (ebd., S. 132).“ Die Finanzierung muss aus der Sicht der Gutachter, und ich kann nur zustimmen, entkoppelt werden von Wahlperioden. Geld ist das eine, die Zusammenarbeit verschiedener Akteure das andere. „Dafür ist eine langfristige, miteinander verflochtene, Wirtschafts- und wissenschaftliche Strategie erforderlich, die mehr als zwei Legislaturperioden überdauern sollte und konsequent überparteilich abgestimmt sein muss (ebd., S. 130).“

---

<sup>2</sup> CHE Consult (2019): Perspektiven der wissenschaftlichen Metropolregion Hamburg – Eine vergleichende Analyse, online: [https://www.awhamburg.de/fileadmin/redakteure/Pressemitteilungen/CHE\\_Bericht-BK-final.pdf](https://www.awhamburg.de/fileadmin/redakteure/Pressemitteilungen/CHE_Bericht-BK-final.pdf) [29.01.2020].

Diese Erkenntnisse sollte die Politik beflügeln. Herrn Tschentscher und Frau Fegebank hat das Gutachten offenbar so sehr beflügelt, dass sie kurz vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg die Prioritäten neu zu setzen. Wir sollten in Niedersachsen nicht bis 2022 warten. Sie, verehrte Abgeordnete, können jetzt dazu beitragen, unser aktuelles Problem vernünftig zu lösen, und dazu bietet sich folgende Ansatz an: Die Krull-Kommission hat den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der niedersächsischen Hochschulen ermittelt. Das ist die zweite externe Evaluation, welche die LHK in Auftrag gegeben hat. Sie beziffert den Bedarf auf 4,3 Milliarden Euro. Der Betrag wirkt erschreckend, aber es geht um einen realen Bedarf. Alle Bundesländer stehen vor dem Problem und Baden-Württemberg, Bayern und Hessen haben konkrete Maßnahmen ergriffen. Hamburg gibt jetzt jährlich 150 Millionen in den Baubereich, insgesamt 2,6 Milliarden Euro bis 2037. Wir haben schon einmal einen hoffnungsvollen Ansatz zu Beginn der Legislaturperiode erlebt, als das Land das Sondervermögen Innovation im Hochschulbau errichtete. Dieses „Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung“ sollte genährt werden, um das Ziel des Koalitionsvertrages umzusetzen und ein „Hochschulbau-Investitionsprogramm 2030“ auf den Weg zu bringen. Die Hälfte der Legislaturperiode ist um. In diesem Jahr könnten Sie das Programm beschließen und dadurch auch unser aktuelles Haushaltsproblem lösen helfen. Die schmerzlichen Folgen für Arbeitsverträge und Studienplätze ließen sich auf diese Weise vermeiden. Das ist unser Vorschlag. Wir sollten das Problem lösen und auf andere Weise dafür werben, dass die Erträge der Wissenschaft allgemein bekannt werden. Denn das Hamburger Gutachten enthält noch einen weiteren Befund: „Die Bedeutung der Wissenschaft ist noch nicht in allen gesellschaftlichen Kreisen als Zukunftsaufgabe erkannt worden (ebd., S. 138).

Meine Damen und Herren, Gottfried Wilhelm Leibniz litt, wie fast alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, gelegentlich unter „Ungeduld und Erschöpfung“, ein Biograf spricht gar von „Anflüge(n) von Missmut“. Im Jahr 1696 richtete Leibniz von Hannover aus seine Klage an den schottischen Briefpartner Thomas Burnett of Kemney: „Hier trifft man kaum jemanden, mit

dem man sich unterhalten kann und man gilt vielmehr in diesem Lande nicht als guter Hofmann, wenn man über wissenschaftliche Themen spricht. Ohne die Frau Kurfürstin würde man noch weniger darüber reden können.“ Unsere Welt mag nicht die Beste aller möglichen Welten sein, aber sie ist gewiss die Beste, die wir bisher hatten. Folglich können wir auch gemeinsam Zukunft gestalten. Lassen Sie uns miteinander reden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!